


VEREINIGUNG  
ÖSTERREICHISCHER  
INDUSTRIELLER6/SN-245/ME 

An das  
Präsidium des  
Nationalrates  
  
Parlament  
1010 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Z.	6P - GE 9 JP
Datum:	25. OKT. 1989
Verteilt:	25. Okt. 1989 <i>Leiter</i>

*Dr. Prantner*

23. Oktober 1989

Dr. WS/IC.


Betrifft: Revisionsprotokoll zum österreichisch-niederländischen  
Doppelbesteuerungsabkommen (GZ. 04 3682/8-IV/4/89/10).

Im Sinne der Entschliebung zum Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates BGBl. Nr. 178/1961 übermitteln wir Ihnen beigeschlossen 25 Exemplare unserer Stellungnahme zur gefälligen Gebrauchnahme.

Wir empfehlen uns

mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung  
VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER

  
(Dr. Othmar Hobler)

  
(Dr. Wolfgang Seitz)

VEREINIGUNG  
ÖSTERREICHISCHER  
INDUSTRIELLER

An das  
Bundesministerium  
für Finanzen  
Himmelpfortgasse 4 - 8  
1015      W i e n

23. Oktober 1989

Dr. WS/IC.

Betrifft: Revisionsprotokoll zum Österreichisch-niederländischen  
Doppelbesteuerungsabkommen (GZ. 04 3682/8-IV/4/89/10).

Wir danken für die Übermittlung eines Entwurfes des vorgenannten  
Änderungsprotokolls und erlauben uns, hiezu wie folgt auszu-  
führen:

Im Gegensatz zu den Erläuterungen zu den vorgeschlagenen  
Änderungen sehen wir keine Notwendigkeit der Änderung des  
Doppelbesteuerungsabkommens mit den Niederlanden. Das bestehende  
Abkommen verzichtet in Art. 10 Abs. 3 für Schachteldividenden  
in beiden Staaten grundsätzlich auf eine Besteuerung im  
Quellenstaat. Davon macht das Schlußprotokoll in Pkt. II  
zugunsten Österreichs eine Ausnahme, indem es unter Bezugnahme  
auf die Geltungsdauer eines gespaltenen Körperschaftsteuersatzes  
dem österreichischen Staat bestimmte Quellenbesteuerungsrechte  
einräumt. Da durch das neue Körperschaftsteuergesetz diese  
Ausnahmebestimmungen nicht mehr zur Anwendung kommen, sollte  
nunmehr, wie dies beim Vertragsabschluß im Jahr 1971 vereinbart  
wurde, Art. 10 Abs. 3 auch uneingeschränkt zum Zuge kommen. Es  
wäre dem internationalen Ansehen Österreichs nicht unbedingt

- 2 -

zuträglich, wenn zunächst ein bestimmter Abkommensinhalt vereinbart wird, zu dem Zeitpunkt, wo er dann tatsächlich zum Tragen kommt aber eine Änderung dieses einvernehmlichen Inhalts angestrebt wird. Vor diesen grundsätzlichen Bedenken tritt die Höhe des in den Erläuterungen genannte Steuerausfalls von 30 Millionen Schilling in den Hintergrund. Als zweiter Grund für die Abkommensrevision wird der Mißbrauch des Abkommens für Steuerumgehungszwecke gesehen. Abgesehen davon, daß international noch keine einhellige Meinung darüber besteht, unter welchen Bedingungen ein solcher Abkommensmißbrauch vorliegt, wäre es sachgerechter, gegen derartige Konstruktionen im Einzelfall vorzugehen und nicht auf bloßen Verdacht hin für alle Unternehmen jedenfalls eine Quellensteuer vorzusehen. Überdies scheint die Gefahr von "Treaty-Shopping" gerade im Verhältnis zu den Niederlanden nicht allzu groß, weil dort die internationale Beteiligungsertragsbefreiung wesentlich günstiger ausgestaltet ist als in Österreich.

Dazu kommt, daß innerhalb der EG die geplante sogenannte Mutter/Tochter Richtlinie vorsieht, bei Mutter-Tochter-Verhältnissen von einer Quellenbesteuerung abzusehen. Im Hinblick auf das Verhältnis Österreich-EG sollte daher auch in diesem Bereich eine Annäherung angestrebt und nicht eine gegenteilige Maßnahme gesetzt werden. Hiezu verweisen wir auf das Verhältnis Schweiz-Niederlande, wo bei Schachtelbeteiligungen die 35 %-ige Verrechnungssteuer der Schweiz voll erstattet wird (vice versa die 25 % dividendbelastung in den Niederlanden). Falls Österreich hingegen auf einer Quellensteuer bestehen würde, ergäbe sich automatisch für den Standort Österreich im Verhältnis zur Schweiz ein Wettbewerbsnachteil. Österreich hat durch die Steuerreform 1988 ein positives Signal im Hinblick auf die Standortwahl international tätiger Gesellschaften gesetzt, insbesondere auch als Mittler zwischen West- und Osteuropa. Diese an sich positive Entwicklung sollte nicht durch gegenteilige Maßnahmen in Einzelfällen beeinträchtigt werden.

- 3 -

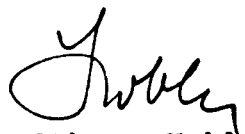
Nicht zuletzt würde sich durch die vorgeschlagene Änderung eine wesentliche Verschlechterung der Situation bei den Dividendenausschüttungen aus den Niederlanden nach Österreich ergeben, die derzeit in den Niederlanden keiner Quellensteuer unterliegen.

Wir ersuchen daher, den derzeit geltenden § 10 Abs. 3 des Abkommens nicht zu ändern.

25 Exemplare dieses Schreibens gehen mit gleicher Post dem Präsidium des Nationalrates zu.

Wir empfehlen uns

mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung  
VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER



(Dr. Othmar Hobler)



(Dr. Wolfgang Seitz)